

Wien, 12.4.2022

Creditreform Rating: Österreich weiterhin mit AA+

Creditreform Rating hat das unbeauftragte langfristige Sovereign Rating der Republik Österreich mit „AA+“ bestätigt. Zudem hat Creditreform Rating die Ratings für vorrangige, unbesicherte Schuldtitel in aus- und inländischer Währung mit „AA+“ bestätigt. Der Ausblick ist stabil.

Die wesentlichen Ratingfaktoren für die Republik Österreich in Kürze:

1. Österreichs sehr wohlhabende, gut diversifizierte und wettbewerbsfähige Wirtschaft wurde von der Pandemie hart getroffen, erholte sich aber im vergangenen Jahr stark; wir erwarten für 2022 ein solides Wachstum, das durch die negativen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine beeinträchtigt wird; während zunehmende Engpässe auf der Angebotsseite und Inflationsdruck die Inlandsnachfrage belasten werden, sollte die Erholung des Tourismus das Wirtschaftswachstum stützen, in Annahme einer nur begrenzten Auswirkung von neuen Covid-Infektionswellen.
2. Mittelfristig dürfte das Wachstum durch die öko-soziale Steuerreform gestützt werden, und die Investitionen und Reformen im Rahmen des Aufbau- und Resilienz-Plans werden das zugrunde liegende Trendwachstum der Wirtschaft wahrscheinlich ankurbeln; wir sehen Österreichs starke Arbeitsmarktentwicklung und den vergleichsweise niedrigen Verschuldungsgrad des privaten Sektors weiterhin als stützende Faktoren an, wohingegen eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung das Potenzialwachstum der Wirtschaft auf längere Sicht zunehmend bremsen dürfte.
3. Der Staat zeichnet sich weiterhin durch sehr gute institutionelle Bedingungen aus, einschließlich der erheblichen Vorteile, die sich aus der EU- bzw. Euroraum-Mitgliedschaft ergeben; wenngleich die politische Volatilität erheblich zugenommen hat, was sich in drei Bundeskanzlern innerhalb von zwölf Monaten widerspiegelt, gehen wir von politischer Kontinuität und einer gewissenhaften Umsetzung von als nötig erachteten Reformen aus; wir werden die weitere Entwicklung von Korruptionsvorwürfen gegenüber der höchsten Ebene im Auge behalten.
4. Wir halten die Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen für sehr begrenzt und gehen davon aus, dass die anhaltende wirtschaftliche Erholung und die Beendigung der Kredithilfen mittelfristig zu einem allmählichen Rückgang der öffentlichen Schuldenquote führen werden; fiskalische Risiken werden abmildert durch die in hohem Maße erschwingliche Verschuldung sowie ein sehr solides Schuldenmanagement; Eventualverbindlichkeiten und die demografische Entwicklung müssen aus Risikogesichtspunkten weiter beobachtet werden, während der grundsätzlich solide Bankensektor potenziell von Risiken in Zusammenhang mit einer zunehmenden Dynamik auf dem Wohnimmobilienmarkt beeinträchtigt werden könnte.
5. Trotz der verheerenden Auswirkungen der Pandemie auf die österreichische Tourismusindustrie halten sich Risiken über die außenwirtschaftliche Seite in Grenzen, was auch in einer weiterhin positiven Nettoauslandsvermögensposition zum Ausdruck kommt.

Trotz der negativen Folgen der Corona-Krise für die österreichische Wirtschaft sehen wir das insgesamt starke makroökonomische Profil des Landes weiterhin als wesentliche Stütze für die sehr hohe Kreditwürdigkeit an. Obschon die Bedeutung Russlands für die österreichische Wirtschaft in den letzten zehn Jahren abgenommen hat, werden die Folgen des Krieges gegen die Ukraine die Wirtschaftsleistung Österreichs belasten. Die soliden wirtschaftlichen Fundamentaldaten und der sich allmählich erholende Tourismus werden die Auswirkungen des Ukraine-Krieges jedoch wahrscheinlich bis zu einem gewissen Grad abfedern.

Wie im Jahr 2021 dürften im laufenden Jahr die Ausgaben der privaten Haushalte Haupttreiber des Wirtschaftswachstums sein, trotz zunehmender Belastungen durch kräftig steigende Verbraucherpreise, die durch den Anstieg der Energiepreise im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine erheblichen Auftrieb erfahren. Die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt bleiben aber weitgehend günstig, was das Wachstum unterstützt und auch eine Stärke Österreichs mit Blick auf das Rating darstellt. Dies spiegelt sich auch in der monatlichen Arbeitslosenquote wider, die zuletzt auf 4,8% im Februar dieses Jahres gesunken ist und damit deutlich unter dem Niveau des Euroraums (EA: 6,8%) liegt. Eine im Rahmen der Pandemie erhöhte Ersparnis sowie deutlichere Lohnzuwächse aufgrund des zum Teil angespannten Arbeitsmarktes dürften dem privaten Konsum ebenfalls zuträglich sein. Ein zusätzlicher Impuls wird von der ökosozialen Steuerreform ausgehen, die ab Juli 2022 in Kraft tritt und die Haushalte deutlich entlastet.

Trotz der negativen Auswirkungen des Ukraine-Krieges gehen wir davon aus, dass die Bruttoanlageinvestitionen weiter zunehmen werden. Allerdings werden Materialengpässe und Lieferschwierigkeiten infolge der russischen Invasion wohl auch die Investitionstätigkeit dämpfen und gegebenenfalls eine Verschiebung von geplanten Investitionen zur Folge haben. Die Investitionsprämien werden diesen Effekt bis zu einem gewissen Grad ausgleichen, doch dürfte diese Unterstützung nach 2022 allmählich nachlassen. Begünstigt wird das Investitionswachstum grundsätzlich durch den Aufbau- und Resilienz-Plan sowie noch vergleichsweise niedrige Finanzierungskosten, während die Unternehmensbilanzen auch durch die ökosoziale Steuerreform entlastet werden.

Insgesamt erwarten wir für dieses Jahr einen Anstieg des realen BIP um 3,0 %. Erst im kommenden Jahr könnte eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivitäten das Wachstum dann auf etwa 3,5% heben. Gleichwohl ist die Prognoseunsicherheit zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der geopolitischen Lage und der nach wie vor ausgeprägten Ungewissheit über die epidemiologischen Entwicklungen extrem hoch.

Auf der institutionellen Seite hat die politische Volatilität mit Blick auf die Amtspräsenz dreier Bundeskanzler innerhalb eines Jahres seit unserem letzten Bericht deutlich zugenommen. Auch der Worldwide Governance Indicator (WGI) der Weltbank bezüglich der politischen Stabilität hat sich zuletzt eingetrübt. Wir gehen gleichwohl weitestgehend von politischer Kontinuität und einer Konzentration auf die Umsetzung der Reformen in den Bereichen Klimawandel, Digitalisierung und Steuern aus. Zudem übertreffen die Worldwide Governance Indikatoren für Österreich im Allgemeinen weiterhin diejenigen für unsere anderen „AA“-gerateten Staaten.

Obwohl die Pandemie zu einer erheblichen Verschlechterung der öffentlichen Finanzen führte, halten sich die Risiken für deren mittelfristige Tragfähigkeit unseres Erachtens in Grenzen. Gemäß vorläufiger Daten lag das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit 2021 bei 5,9 % des BIP, was einer merklichen Verbesserung gegenüber 2020 entspricht, als der Fehlbetrag ein Rekordhoch von 8,0 % des BIP erreichte. Trotz der Pandemie-Auswirkungen blieb die Schuldenquote 2020 mit 83,3% des BIP unter dem Niveau nach der globalen Finanzkrise und sank leicht auf 82,8% des BIP im Jahr

2021. Wir erwarten, dass die Staatsverschuldung in den Jahren 2022 und 2023 auf 80,9 % bzw. 78,1 % des BIP sinken wird.

Generell sind wir auch aufgrund vergangener Konsolidierungserfolge bei solider Haushaltsführung zuversichtlich, dass die öffentliche Schuldenquote wieder nachhaltig sinken wird. Mittelfristig dürfte sie weiter deutlich unter dem Durchschnitt des Euroraums liegen. Allerdings bestehen weiterhin Risiken im Zusammenhang mit öffentlichen Garantien und der voraussichtlichen negativen demografischen Entwicklung.

Entwicklungen im österreichischen Bankensektor sind weiterhin aufmerksam zu verfolgen, als Risiken für die Finanzstabilität in den letzten Jahren stetig zugenommen haben. Die Anfälligkeit des Wohnimmobilienmarktes nimmt bei rapide steigenden Preisen für Wohnimmobilien und einer dynamischen Hypothekenkreditvergabe zu.

Darüber hinaus haben sich die Risiken im Bankensektor angesichts des russischen Einmarsches in der Ukraine verstärkt, da die österreichischen Banken ein erhebliches Engagement in Russland haben. Nach Angaben der BIZ waren mit Stand September 2021 österreichische Banken im Hinblick auf Forderungen gegenüber Russland (claims on immediate counterparty basis) mit 3,8% gemessen am österreichischen BIP unter den Mitgliedern des Euroraums am stärksten exponiert. Angesichts der erhöhten Unsicherheit in Zusammenhang mit der geopolitischen Lage wird die EZB möglicherweise nur allmählich mit einer Straffung der Geldpolitik beginnen und in dieser Phase ein hohes Maß an Flexibilität beibehalten. Wie vorgesehen, hat die EZB das PEPP Ende März beendet. Die Rückführung der monatlichen Nettokäufe von Vermögenswerten (APP) könnte bereits im dritten Quartal 22 abgeschlossen werden, wenn sich die mittelfristigen Inflationsaussichten auch nach dem Ende der Nettokäufe von Vermögenswerten nicht abschwächen, doch signalisierte der EZB-Rat auch die Bereitschaft, eine solche Entscheidung zu verschieben, falls dies für erforderlich gehalten wird. Derzeit geht Creditreform Rating noch von einer ersten Zinserhöhung gegen Jahresende aus, allerdings dürfte die Wahrscheinlichkeit dafür stark von den Ereignissen rund um den Krieg in der Ukraine abhängen.

Die Risiken, die sich über die außenwirtschaftliche Seite ergeben, scheinen weiterhin begrenzt. Während die Leistungsbilanz in diesem Jahr weitgehend ausgeglichen sein sollte, dürfte sie 2023 einen moderaten Überschuss aufweisen, bevor allmählich zurückgehende Energie- und Rohstoffpreise sowie die sich allmählich erholende Tourismusbranche zu einer Ausweitung führen könnten. Österreichs positive Netto-Auslandsvermögensposition verbesserte sich 2021 auf 14,7 % des BIP.

Rückfragen & Kontakt:

Creditreform Rating AG

Dr. Benjamin Mohr, Chefvolkswirt

+43-1-218 62 20-950

B.Mohr@creditreform-rating.de

www.creditreform-rating.de

Die Creditreform Rating AG ist gemäß EU-VO als europäische Ratingagentur von BaFin und ESMA registriert und eine 100%-Tochter der internationalen Creditreform Unternehmensgruppe (<https://www.creditreform-rating.de>). Creditreform als Europas größte Gläubigerschutzorganisation bietet seit 1879 Bonitätsinformationen an und betreut heute 160.000 Kunden in 23 Ländern.